

Stellungnahme zum Landesentwicklungsprogramm -

Antrag der ÖDP-Stadtratsfraktion an das Stadtratsplenum vom 18.12.2017

Die Darstellung der Verwaltung, dass es bei der Möglichkeit zur Stellungnahme nicht mehr um das Anbindegebot geht, ist nicht nachvollziehbar. Schließlich ist die Öffentlichkeit aufgefordert, zu den neuen Formulierungen in Sachen Anbindegebot Stellung zu nehmen. Die ÖDP-Fraktion ist der Ansicht, dass es sich hierbei um einen wirkungslosen Formelkompromiss handelt.

Heimatminister Söder wollte das Anbindegebot ursprünglich weitgehend aufweichen, damit Industrie- und Gewerbebauten abseits von gewachsenen Siedlungsstrukturen also auf der grünen Wiese möglich sind. Dagegen haben die Naturschutzverbände und viele Bürger protestiert, weil durch diese Politik der Verlust von in Jahrhunderten entstandenen Kulturlandschaften zu befürchten ist. Sie haben protestiert, weil der Bayern prägende reizvolle Wechsel von gewachsenen Orten und Kulturlandschaft nicht mehr erlebbar wäre. Auch CSU-Politiker wie der ehemalige Staatsminister Prof. Hans Maier warnen: Prof. Maier hat auf die Frage der Bayerischen Staatszeitung, wie er sich Bayern im Jahr 2030 vorstellt, geantwortet, er hoffe, dass es **noch bayerisch ist** und hat dies mit einer Warnung vor einem maßlosen Bauboom ohne Grenzen begründet.

Viele Menschen befürchten wie Prof. Maier, dass Bayern in 10 bis 20 Jahren nicht mehr wieder zu erkennen ist, wenn die maßlose Zersiedelung und Zerstörung von Kulturlandschaft ungehindert fortschreitet. Der Kulturstaat Bayern verändert sich zu seinem Nachteil, wenn er seine Kulturlandschaft aufgibt. Und nebenbei bemerkt: Diese maßlose Zersiedelung und Versiegelung in der Fläche erhöht auch die Hochwassergefahr. Und wir Passauer haben davon den größten Schaden.

In dieser Situation fordert die ÖDP-Stadtratsfraktion Signale des Maßhaltens. Wir erinnern an das Bündnis zum Flächensparen, das 2003 unter Beteiligung der zuständigen Ministerien und der kommunalen Spitzenverbände vereinbart wurde. Wir fordern die Umsetzung und Beachtung dieser Ziele auch im Landesentwicklungsprogramm.

Deshalb haben wir die Formulierung einer entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung zum Landesentwicklungsprogramm beantragt. Aber wenn die Verwaltung das als nicht mehr aktuell betrachtet, formulieren wir die Stellungnahme eben selbst. Die ÖDP-Fraktion schlägt vor, an die Staatsregierung folgende Stellungnahme zu richten:

Die Stadt Passau vertritt die Auffassung, dass das Landesentwicklungsprogramm auch in seiner jüngst geänderten Fassung den Zielen des Bündnisses zum Flächensparen nicht gerecht wird.

Den Weihnachtsfrieden im Stadtrat wollen wir damit keineswegs stören. Aber vielleicht ist gerade jetzt die richtige Zeit, sich darüber Gedanken zu machen: Wer nämlich so reich beschenkt ist durch ein schönes Land, dem es so gut geht wie noch nie, dem wird es doch zumindest am ehesten möglich sein, Maß zu halten ... damit **Bayern bayerisch bleibt**. Wenn aber die Kommunen nicht selbst die Kraft aufbringen, aus diesem Wettlauf des Wahnsinns um immer mehr Versiegelung und immer mehr Gewerbesteuer auszusteigen, wenn die Kommunen es nicht schaffen, vom Staat begrenzende Regeln für alle einzufordern, dann bleibt den Bürgerinnen und Bürgern nur noch die Möglichkeit, diese Regeln des Maßhaltens und der Besonnenheit selbst zu setzen: durch das neue Volksbegehren von Grünen, ÖDP und der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, mit dem eine gesetzliche Grenze für den Flächenverbrauch eingeführt werden soll – damit Bayern Heimat bleibt.

Urban Mangold